

Die Ratssitzung am 22. September 2016



Inhalt „Rat im Rückblick“:

Neuer Stadtdirektor und Neue Beigeordnete

Brexit – Chance für Köln

Videobeobachtung im öffentlichen Raum

Bildungszugang für Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Neue Gesamtschule für Lindenthal

Antrag: Kein Verkauf von Wohnungen der GAG in Wesseling

"Kölner Bevölkerung schützen – Schadstoffbelastung senken!"

"Kooperativen Baulandmodells"

Integriertes Handlungskonzept "Grüne Infrastruktur"

Zugänglichkeitserweiterungen an zahlreichen Kölner Schulen (TOP 10.12 bis 10.19)

Verteilung der Verstärkungsmittel für die Freie Szene im Haushaltsjahr 2016

Verlagerung des Großmarkts

Lärmaktionsplanung Handlungs- und Maßnahmenkatalog

Neuer Brandschutzbedarfsplan BBP

Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen)

Neuer Beirat Porz-Mitte

Kreiswahlausschuss

Neuer Sachkundiger Einwohner

Es war eine für Kölner Verhältnisse fast schon kurze Ratssitzung. Nach über 6,5 Stunden war alles entschieden. Das schwarz-grüne Minderheitsbündnis war mit ihren Antragsinitiativen durchgängig erfolgreich.

Ob bei der Sicherheit im Öffentlichen Raum, dem neuen Brandschutzbedarfsplan oder Grundstücksvergabe nach Konzeptqualität – CDU und GRÜNE geben den Ton an und finden mit wechselnden Partnern jeweils Mehrheiten.

Das Wichtigste stand am Anfang. Zwei neue Beigeordnete wurden ohne Gegenstimme gewählt und Dr. Harald Rau, der neue Beigeordnete für Soziales, Integration und Umwelt, hielt seine Antrittsrede.

Neuer Stadtdirektor



v.r. S. Keller, OB H. Reker, A. Blome

Am 30.11. geht der alte Stadtdirektor Guido Kahlen (SPD) in den Ruhestand. Am 01.01. wird der neue Stadtdirektor Dr. Stephan Keller seine Arbeit in Köln aufnehmen. Das derzeit als Verkehrs- und Ordnungsdezernent der Stadt Düsseldorf tätige CDU-Mitglied wurde auf Vorschlag der CDU-Fraktion bei Enthaltung von Linke und pro koeln (pk) einstimmig gewählt.

Neue Beigeordnete für Mobilität

Bei Enthaltung von SPD, Linke und prokoeln wurde anschließend auf Vorschlag der CDU-Fraktion Andrea Blome (parteilos) zur Beigeordneten für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur (Dezernat VIII) gewählt. Auch Blome ist bislang in der Stadtverwaltung Düsseldorf tätig. Dort ist sie Amtsleiterin für Verkehrsmanagement. CDU und GRÜNE haben vereinbart bis auf weiteres dieses neue Dezernat zu bilden, das aus den Ämtern Straßen und Verkehrstechnik und Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau besteht. Zudem ist die neue Beigeordnete, die ab 1. Januar 2016 ihren Dienst aufnimmt, für den Wirtschaftsverkehr und die

Nahverkehrsplanung zuständig. Mit dem neuen Dezernat soll der Umsetzungstau aufgelöst werden. Die GRÜNEN erwarten dabei die Realisierung eines umweltgerechten Mobilitätsmixes auf Basis des städtischen Konzepts „Köln mobil 2025“, das einen Wandel für einen stärkeren Umweltverbund aus Radverkehr und ÖPNV bewirken soll.

Brexit – Chance für Köln (TOP 3.1.1)

Der gemeinsame Antrag von CDU, GRÜNE und FDP wurde einstimmig beschlossen. Alle demokratischen Fraktionen bedauerten den Austritt Großbritanniens aus der EU. Sie sehen aber auch die Notwendigkeit, für die Ansiedlung von Unternehmen verstärkt zu werben, die nun Großbritannien verlassen wollen. „Es ist nur allzu verständlich, dass von London aus operierende Unternehmen die Vorteile des EU-Binnenmarkts weiter nutzen wollen. Besonders für die Versicherungs- und Kreativwirtschaft, darunter auch Film und Medien, ist Köln eine attraktive Alternative. Wir bestärken die städtische Wirtschaftsförderung darin, gezielt für unseren Standort zu werben.“, ermutigte Jörg Frank, wirtschaftspolitischer Sprecher, die Wirtschaftsdezernentin Ute Berg (SPD).

- Im Wortlaut: [Antrag von CDU /GRÜNE und FDP](#)

Videobeobachtung im öffentlichen Raum (TOP 3.1.2)

Mit ihrem Ersetzungsantrag zum SPD-Vorschlag will die schwarz-grüne Ratsmehrheit mehr Sicherheit



im öffentlichen Raum durch eine sozialräumliche und kooperative Vernetzung von Polizei und Ordnungsdienst wieder verstärken. Der CDU/GRÜNE-Antrag wurde gegen SPD, FDP und pk mit Unterstützung von Linke und OB beschlossen. In definierten Stadtvierteln soll eine dauerhafte Vernetzung von sozialen Einrichtungen, Schulen, bürgerschaftlichen Organisationen und Religionsgemeinschaften mit Polizeibeamten aufgebaut werden. Im Bezirk tätige Polizisten verfügen über fundierte Problem-,

Milieu- und Strukturkenntnisse. Eine bessere personelle Ausstattung der Polizeibehörde ist dafür unerlässlich, wozu die Ratsmehrheit das Land auffordert. Die viel diskutierte Videoüberwachung ist Angelegenheit der Polizei. Der Rat möchte aber eingebunden und darüber fortlaufend informiert werden.

- Im Wortlaut: [SPD Antrag Änderungsantrag CDU / GRÜNE](#)

Bildungszugang für Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (TOP 3.1.3)

Per Resolution an das Land NRW wollen CDU, GRÜNE und FDP erreichen, dass das Land für alle geflüchteten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen unmittelbaren Bildungszugang öffnet, nicht erst nach der Zuweisung, die oftmals 1 Jahr oder länger auf sich warten lässt. Insbesondere soll ihnen auch der direkte Zugang zur Tages- und Abendschule (TAS) ermöglicht werden, der bislang noch mit der Hürde der Berufserfahrung verbunden ist. Zudem fordert die Ratsmehrheit auch deutlich mehr Fachpersonal im Schulwesen, mehr Flexibilität bei deren Qualifikationsprüfung und Integrationslotsen, die als Dauereinrichtung Flüchtlinge in der dualen Ausbildung und im Behördendschungel unterstützen sollen.

- Im Wortlaut: [Änderungsantrag CDU /GRÜNE und FDP](#)

Neue Gesamtschule für Lindenthal (TOP 3.1.4)

Mit Nachdruck beauftragte die Ratsmehrheit aus CDU, GRÜNE, Deine Freunde und der Oberbürgermeisterin einen Alternativstand für die geplante Gesamtschule Lindenthal am Rande des Wohngebiets Widdersdorf zu prüfen. Der SPD-Antrag die Gesamtschule an der Herbesthaler Straße zu bauen, wurde von dieser Mehrheit damit abgelehnt, da es sich um einen geschützten Landschaftsbestandteil handelt. SPD, FDP, FWK, AfD und pk wollten hingegen dort bauen. Die erneute Prüfung eines geeigneten Standorts ist notwendig, weil der bereits vom Rat beschlossene Standort am Wasseramselweg vor allem aus Kostengründen sehr fraglich ist. Für das neue Gymnasium Zusestraße soll zudem auch ein Interimsstandort auf einem städtischen Grundstück im Bereich Zusestr./Lise-Meitner-Ring/Ottostr (Köln-Lövenich) geprüft werden.

- Im Wortlaut: [Änderungsantrag CDU, GRÜNE, Deine Freunde](#)

Antrag: Kein Verkauf von Wohnungen der GAG in Wesseling (TOP 3.1.5)



Als Kölner Wohnungsbauunternehmen hat die GAG zunehmend mehr Verantwortung und Herausforderungen in Köln. Zurzeit befinden sich mehr als 1.000 Wohnungen im Bau, das Investitionsvolumen liegt bei rund 1 Milliarden Euro für 3.750 neue Wohnungen und mehr als 2.000 Wohnungsmodernisierungen. Erst vor kurzem hat die GAG 1200 Wohnungen in Chorweiler erworben, die sie Instand setzen wird und für deren Bewohnerinnen und Bewohner sie sozialarbeiterische Leistungen leistet. Die Entscheidung der GAG sich auf ihr Kerngebiet zu konzentrieren, da sie der Verantwortung der Wohnungsbestände in Wesseling nicht mehr gerecht werden kann, akzeptieren SPD, CDU und GRÜNE. Die GRÜNEN betonen, dass die GAG ihren Wesselingener Wohnungsbestand an keine „Heuschrecke“ abgibt, sondern sie an einen Bestandhalter veräußert, der sozial verantwortlich mit den Wohnungen und den Mietern umgehen wird.

- Änderungsantrag : [SPD-Fraktion, CDU und GRÜNE](#)
- Stellungnahme der [Verwaltung vom 22.09.2016](#)

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kölner Bevölkerung schützen – Schadstoffbelastung senken!" (TOP 3.1.6)

Am 13. September hat das Verwaltungsgericht in Düsseldorf der Klage der Deutschen Umwelthilfe



stattgegeben und die dortige Bezirksregierung aufgefordert, den Grenzwert für den Luftschadstoff Stickoxid künftig durch Maßnahmen und Auflagen einzuhalten. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, dass Fahrverbote für Dieselfahrzeuge jetzt schon rechtens sind und eingesetzt werden könnten. Dies war Anlass für eine angeregte Ratsdebatte zum Thema Umweltbelastungen durch den Autoverkehr. Mit ihrem Antrag forderte die SPD-Fraktion die Verwaltung auf, diverse

Handlungskataloge zu erarbeiten. Die SPD übersieht aber: die Konzepte existieren (Luftreinhalteplan, LKW-Führungskonzept) nahezu alle schon. Sie müssen nur endlich umgesetzt werden

Lino Hammer, grüner verkehrspolitischer Sprecher brachte es auf den Punkt: „Wir brauchen hier keine weiteren Beschlüsse, wir müssen einfach mal anfangen, Beschlüsse umzusetzen!“

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Umwelt- und den Verkehrsausschuss verwiesen

In diesem Zusammenhang berichtete der neue Umweltbeigeordnete Dr. Harald Rau, dass in Erwartung eines ähnlichen Urteils wie in Düsseldorf die Verwaltung prüft, welche rechtlichen Möglichkeiten zur deutlichen Verkehrsreduktion existieren. Gleichzeitig plant sie, einen Runden Tisch einzurichten. In einem zweistufigen Verfahren sollen sämtliche Maßnahmen zur Reduzierung der Stickoxidbelastung erörtert werden, um daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten. Allerdings liegt die Hauptverantwortung bei der Bezirksregierung Köln.

- Im Wortlaut: [Antrag der SPD](#)
Pressemitteilung der [GRÜNEN](#)- Recht auf saubere Luft

Kenntnisnahme des Erfahrungsberichts und Beschluss über Prüfaufträge für die Fortschreibung des "Kooperativen Baulandmodells" (TOP10.3)



Das Modell, Investoren an den Infrastrukturkosten ihrer Bebauung zu beteiligen und öffentlich geförderten Wohnraum festzusetzen, ist und bleibt richtig. Aber es ist sinnvoll, in Abständen die Wirksamkeit zu überprüfen. Dies tut die Verwaltung nun und dabei wurde klar, dass die Regeln für die Festsetzung von öffentlich gefördertem Wohnraum geschärft werden müssen. Mit diesem Beschluss wird nun jeder Investor, der über 25 Wohnungen baut, verpflichtet 30 % davon preiswert, also öffentlich gefördert, anzubieten. Ausnahmeregelungen soll es nicht mehr

geben. Der Rat stimmte mit breiter Mehrheit zu.

Im Wortlaut: [Vorlage der Verwaltung](#)

Integriertes Handlungskonzept "Grüne Infrastruktur" (TOP 10.10)

Die Stadt Köln bewirbt sich um europäische Mittel für „Grüne Infrastruktur“. Mit diesen Mitteln soll ein integriertes Handlungskonzept zur Verbesserung der natürlichen Umwelt und der Klima- und Umweltbedingungen zugunsten der Biodiversität und der Menschen erstellt werden. Als Gebiet wurde der rechtsrheinische Teil des Äußeren Grüngürtels ausgewählt. Die Kölner Grün Stiftung unterstützt mit einer Spende die Erarbeitung des Handlungskonzeptes.

- Im Wortlaut: [Vorlage der Verwaltung](#)

Zügigkeitserweiterungen an zahlreichen Kölner Schulen (TOP 10.12 bis 10.19)

Die Schulen platzen aus allen Nähten. Hier hat der Rat Abhilfe geschaffen, in dem die Erweiterung der Zügigkeit an 6 weiterführenden Schulen gebilligt wurde. Den Vorschlägen der Schulverwaltung ist der Rat gefolgt; bei der Vorlage für das Gymnasium Rodenkirchen, was die Zügigkeitserweiterung

über die Räumlichkeiten der auslaufenden Hauptschule Ringelnatzstraße abwickeln will, wurde ergänzt, dass neben den Verhandlungen mit der Stadt Wesseling bezüglich einer Beschulungskoooperation für die Schülerinnen und Schüler aus dem Kölner Süden ein ausreichendes Platzangebot an der Hauptschule Großer Griechenmarkt aufrecht vorzuhalten ist.

Verteilung der Verstärkungsmittel für die Freie Szene im Haushaltsjahr 2016 (TOP 10.24)

Im Haushalt 2016/2017 erhöhte das „Sansibar-Haushaltsbündnis“ (CDU, GRÜNE, FDP, Deine Freunde) die Mittel für die freie Kulturszene deutlich um 200.000 € in 2016 und 1 Mio € in 2017. Weiterhin wurden diese zusätzlichen Mittel auch mittelfristig im Haushalt aufgenommen, so dass eine nachhaltige Finanzierung gegeben ist. Damit wurde ein wichtiger Schritt zu den von den GRÜNEN schon immer geforderten stabilen Rahmenbedingungen für die Freie Szene eingeleitet. Der Rat billigte nun einstimmig die Verteilung der Verstärkungsmittel für 2016, die sowohl der institutionellen, als auch der Projektförderung im Sinne der Förderkonzepte zu Gute kommen.

- Im Wortlaut: [Vorlage der Verwaltung](#)
- [Pressemitteilung der GRÜNEN](#)

Verlagerung des Großmarkts (TOP 10.31)

Mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNE und Linke wurden die weiteren Schritte zur Verlagerung des Frischemarkts beschlossen. In einem gemeinsamen Zusatzantrag wurden die nächsten Schritte präzisiert und Fristen für die Umsetzung gesetzt.

- Im Wortlaut: [Die Verwaltungsvorlage](#)
- [Zusatzantrag SPD / CDU / GRÜNE / Linke](#)

Lärmaktionsplanung Handlungs- und Maßnahmenkatalog (TOP 10.32)



Lärm macht krank und muss wirkungsvoll reduziert werden.

Mit der EU-Umgebungsärmrichtlinie gibt es seit 2005 einen europäischen Ansatz zur Minderung der Lärmbelastung. Dabei werden Lärmschwerpunkte durch eine Lärmkartierung ermittelt. Auf Grundlage der Lärmkarten werden Lärmaktionspläne aufgestellt. Soweit die Theorie.

In der Praxis wurden die Kommunen leider nicht mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet, um die gesetzliche Pflichtaufgabe umzusetzen. Und so brauchte die Stadt Köln über 10 Jahre um einen Handlungskatalog zu entwickeln.

Damit es nicht ein weiteres Jahrzehnt braucht, damit die ersten Maßnahmen umgesetzt werden haben nun per Antrag CDU und GRÜNE die Verwaltung u.a. mit folgenden Schritten beauftragt: Durch konsequente Verwendung von Flüsterasphalt bei Fahrbahnsanierungen in lärmbelasteten Gebieten eine merkbare und schnelle Reduzierung zu erreichen. Dies führt zu einem geringeren Verwaltungsaufwand.

Gleichzeitig wurde die Verwaltung aufgefordert ein gesamtstädtisches Geschwindigkeitskonzept mit hoher Priorität zu entwickeln. Wie jüngst in Frankfurt bei einem Versuch auf 4 Hauptstraßen bestätigt wurde, führte hier eine nächtliche Temporeduzierung auf 30 km/h zu einer Lärmreduzierung von durchschnittlich 3 db(A). In Zusammenhang mit Ampeloptimierungen und anderen Verstärkungen sehen die GRÜNEN hier die größten Potentiale zur Lärmreduzierung.

Damit die Beschlüsse auch umgesetzt werden können, soll im Umweltamt die Personalkapazität aufgestockt werden.

- Im Wortlaut: [Die Verwaltungsvorlage](#)
- [Änderungsantrag CDU / GRÜNE](#)

Neuer Brandschutzbedarfsplan BBP (TOP 10.36)

Nachdem die erste Fassung des BBP nicht die Unterstützung der schwarz-grünen Mehrheit fand, wurde nun die von der Verwaltung vorgelegte Neufassung einmütig beschlossen werden. Die erste Fassung wurde im April 2014 durch rot-grünen Beschluss von einem Gutachter geprüft, der die Notwendigkeit der Maßnahmen im Wesentlichen bestätigte. Jedoch war dieser BBP finanziell recht üppig ausgestattet, weil er sich nicht an den Realitäten orientierte. Durch schwarz-grüne Intervention entlastet der neue BBP den Stadthaushalt um ca. 11 Mio. Euro ohne die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr zu beeinträchtigen. Beispiel: Die Feuerwehr kann im Jahr 30 bis 40 neue ausgebildete Feuerwehrleute einstellen, stellt aber Finanzmittel für 100 in den Plan ein. CDU und GRÜNE sorgten für eine realistische Planung, die nicht unnötig den Haushalt belastet. Zudem stärkte das schwarz-grüne Bündnis die freiwillige Feuerwehr, die zwei neue Fahrzeuge erhalten soll.



- Im Wortlaut: [Die Verwaltungsvorlage](#)
- [Kostenübersicht alt - neu](#)

Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen)

Grundsatzbeschluss zur Vergabe städtischer Grundstücke Erweiterung der Vergabearten um die Vergabe nach Konzeptqualität (TOP 10.39)

Stadtentwicklung wird greifbarer. Die Vorlage regelt den Verkauf städtischer Grundstücke nach vorher gesetzten Kriterien und nicht mehr nach dem Höchstpreis, sobald mehr als 10 Wohneinheiten geschaffen werden. So sollen nun z.B. Baugruppen, Mehrgenerationenprojekte, Wohnungen für Studenten, Energiekonzepte und innovative Mobilitätskonzepte beim Verkauf von städtischen Grundstücken besser zum Zuge kommen, um dadurch lebendige und nachhaltige Quartierentwicklung voranzutreiben. Damit dies mit den Zielen der Stadtentwicklung übereinstimmt, beschloss der Rat, im Vorfeld auch den Stadtentwicklungsausschuss an der Beratung zu beteiligen. Köln ist damit auf einem guten Weg. Nur die FDP und AfD verweigerte dazu ihre Zustimmung.

- Im Wortlaut: [Die Verwaltungsvorlage](#)
- Änderungsantrag: [SPD, CDU, GRÜNE, Piraten und Deine Freunde](#)

Neuer Beirat Porz-Mitte (TOP 17.1)

Ein Beirat aus Vertreter*innen der Porzer Stadtgesellschaft wird zukünftig die Umsetzung der städtebaulichen Neuordnung der Porzer Mitte begleiten. Dem Beirat gehören u.a. das Bündnis für Porz-Mitte, das Handwerk, der Bürgerverein, die Bürgerstiftung und die Kirchengemeinden, die städtische Entwicklungsgesellschaft „moderne stadt“, die Fachverwaltung, die Vorsitzenden der Bezirksfraktionen an. Den Vorsitz hat der Bürgeramtsleiter. Der Rat folgte damit weitgehend dem Vorschlag der Bezirksvertretung Porz. Aus dem Rat gehört jeweils ein Mitglied der im Stadtentwicklungsausschuss stimmberechtigten Fraktionen dem Beirat an.

- Im Wortlaut: [Die Vorlage](#)

Kreiswahlausschuss (TOP 17.2)

Für die anstehende Landtagswahl 2017 wählte der Rat einen Kreiswahlausschuss. Für die GRÜNEN wurden Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank und als sein Stellvertreter Ratsmitglied und Parteivorsitzender Hans Schwanitz gewählt.

Neuer Sachkundiger Einwohner (TOP 17.11)

Nach dem schmerzlichen Verlust des verstorbenen sachkundigen Einwohners Gerhard Kock, der über 6 Jahre für die GRÜNEN im Wirtschaftsausschuss vor allem in den Bereichen Medien- und Kreativwirtschaft tätig war, nominierten die GRÜNEN nun Andreas Lohaus. Der Rat wählte den Mitbegründer der Kunstmesse „art fair“ zum sachkundigen Einwohner. Er wird vor allem seine vielfältigen Erfahrungen in der Kreativwirtschaft in die politische Arbeit einbringen.

Komplette Tagesordnung der Sitzung 22.09.2016 Rat incl. aller Vorlagen [\[Mehr\]](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln
Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de
www.gruenekoeln.de
V.i.S.P.: Jörg Frank, Geschäftsführer